

Kabarett



Dass sich Punk und Kabarett kombinieren lassen, wird die Gruppe Revolte Springen bald beweisen

Seite 3

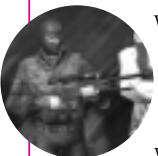
Politik



Bambule im Großen: Wegen Luxusnarrungen kann man in Kopenhagen bald nicht mehr so leicht Dope erstehen

Seite 3

Medien



Wenn Jugendliche Amok laufen und PolitikerInnen aktiv werden, kann es sein, dass Pacman verboten wird

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Zweifelhafter Erfolg der Ruhr-Uni Aprilscherz oder Zumutung?

Was laut der Presse-Info der Ruhr-Universität Bochum „ein großer Erfolg für die RUB“ ist, kann nicht als Erfolg gewertet werden, sondern ist eine höchst problematische Kooperation. Am 1. April wurde in einer Pressekonferenz der neue Gastprofessor an der Sozi-Fakultät, Mesut Yilmaz, der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit dem ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten habe die Fakultät „die einzigartige Chance [...] einen hervorragenden Experten für die Schlüsselrolle der internationalen Politik in Europa, nämlich die Beziehungen zur Türkei und zum Mittelmeerraum, zu gewinnen“, so die Dekanin der Fakultät, Prof. Dr. Ilse Lenz, laut der Presse-Info der Ruhr-Universität vom 1. April 2003.

In den kommenden zwei Semestern wird Yilmaz im Bereich Politikwissenschaften Veranstaltungen zu Themen

wie „Die Türkei und Europa“, „Das Nebeneinander der Religionen“ sowie „Politische Entwicklungen im Mittelmeer-Raum“ behandeln. Doch verschweigt das Presse-Info geflissentlich, dass sich die Ruhr-Universität mit Mesut Yilmaz auch einen Experten auf einem anderen Gebiet ins Haus geholt hat. Yilmaz war mit Unterbrechungen in der Zeit von 1991 bis 1998 insgesamt dreimal Ministerpräsident der Türkei. Als mögliche Verstrickungen Yilmaz' mit dem organisierten Verbrechen bekannt wurden, musste er 1998 sein Amt niederlegen.

Menschenrechts- verletzungen unter Yilmaz

Eine kurze Bilanz seiner Regierungsarbeit:

Zerstörung und Vernichtung von ca. 4 500 kurdischen Dörfern, Vertreibung von ca. 5 Millionen KurdInnen, ca. 60 000 politische Gefangene, Inhaftierung von Hunderten Intellektuellen und WissenschaftlerInnen, Pressezensur/Einschränkung, Organisationsbeschränkungen von Gewerkschaften, durch staatliche Hilfen aufgebaute Paramilitärs, „Verschwindenlassen“ von Men-

schen“ und „täterunbekannte Morde“ Einzelheiten zu den Verbrechen sind in den Jahresberichten amnesty international nachzulesen oder finden sich auf alternativen Internetmedien, wie etwa nadir.org, dokumentiert.

Stellvertretend sei hier nur das Attentat auf den Menschenrechtsaktivisten und Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins IHD Akin Birdal im Frühjahr 1997 genannt. Kurz nach diesem Attentat, welches er schwerverletzt überlebte, wurde er in Haft genommen und zu einer hohen Strafe verurteilt. Yilmaz, der zum Zeitpunkt der Festnahme Birdals noch Vizeministerpräsident war, war am Tag der Verurteilung gegen Birdal aber bereits Ministerpräsident der Türkei. Während seiner Amtszeit

im Jahre 1998 wurden 2.500 Klagen gegen türkische staatliche Stellen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht (Quelle: nadir.org). Es steht außer Frage, dass Yilmaz in Menschenrechtsverletzungen, Folter und das organisierte Verbrechen in der Türkei verstrickt war und ihn somit zumindest eine Mitschuld an der Lage in der Türkei trifft. Doch all dies scheint die Verantwortlichen der Ruhr-Universität nicht sonderlich zu interessieren.

Dialog ja – aber mit wem?

Somit muss sich nicht nur Yilmaz unangenehmen Fragen während seines Aufenthaltes in Bochum gefallen lassen. Auch die Rolle der Unileitung und der Fakultät für Sozialwissenschaft, hierbei besonders die der Dekanin Prof. Dr. Ilse Lenz und des Honorarprofessors und Yilmaz-Freundes Prof. Dr. Jürgen Gramke ist problematisch. Warum holt man ausgerechnet Yilmaz an die Ruhr-Universität? Denn so wünschenswert und notwendig eine Annäherung von Deutschland und der Türkei auch ist, sollte man nicht mit einem Politiker wie Yilmaz zusammenarbeiten. Gerade angesichts der Tatsache, dass in Bochum und speziell an der Sozi-Fakultät viele kurdischstämmige Personen studieren, ist das Engagement Yilmaz' fragwürdig. Somit fordert auch die Kurdistan-AG

Fortsetzung auf Seite 2

Die globalisierte bsz-Reihe, Teil 1 Ist das GATS an allem Schuld?

Die Auseinandersetzung um rechtspopulistisches Zeug, das von VertreterInnen der Bochumer Attac-Gruppe auf Friedensdemos dem friedensbewegten Volk zum besten gegeben wurde, schlug in Bochum hohe Wellen. Und so sehr die Ablehnung, welche die Rede nach sich zog zu begrüßen ist, verwundert doch die Empörung. Denn mit solchen Thesen musste rechnen, wer oder welche sich die Kampagnen von Attac näher betrachtet. Das AStA-Referat für Hochschulpolitik bedankt sich bei Stefan Bienenfeld für den folgenden Beitrag. Und auch für die Polemik, denn auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Stefan Bienenfeld ist im Vorstand der Europäischen StudentInnenvertretung ESIB und HoPo Referent im AStA der Universität Bielefeld. Er arbeitet seit 4,5 Jahren zu den Themen GATS, WTO und anderen globalisierungsrelevanten Themen.

In der studentischen, hochschulpolitischen, aber auch in der etablierten NGO-Szene und in den Pamphleten der vereinigten und gespaltenen, mehr oder minder verwirrten trotzkistischen Bewegung hat man ein Schuldiges für die hausgemachte deutsche Misere im

Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen gefunden, das nebenbei auch für das Übel in der Welt verantwortlich gemacht werden kann: das Allgemeine Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation (WTO), kurz GATS genannt. Eine polemische Betrachtung und einige ernsthafte Gedanken von Stefan Bienenfeld.

Eine nicht ganz ernste Utopie

Wir schreiben das Jahr 2010. Die Welthandelsorganisation WTO hat die Weltherrschaft übernommen und herrscht in ihrem neoliberalen Traumstaat mit unbittlicher Härte. Die Abkommen der WTO haben ihr dabei geholfen, diese Herrschaft an sich zu reißen und gemeinsam mit Banken und Konzernen eine neoliberale Diktatur zu errichten. Als ganz besonders deftiger Vollstrecker hat sich das GATS erwiesen. Wie trotzkistische GenossInnen und mehr oder minder verwirrte GegnerInnen der Globalisierung uns bereits 2002 erzählten, hat das GATS so ziemlich alles privatisiert was es gibt: Bildung, Rente, Wasser, Energie, Gesundheit. Schauen wir uns kurz den Bildungssektor an: In der Bill Gates Grundschule in Oberammergau wird gelernt was Bertelsmann und Daimler wollen, Bill Gates hat persönlich die Schule eingeweiht. An der Oetker Uni in Bielefeld wird fleißig Microsoft-Kunde, Bayer-Lebensmitteltechnik und Lagerfeld-Pelzimitate flechten gepaukt, selbstredend in Bachelor - Master (klingt irgendwie nach Sodomaspöckchen, ist daher ganz sicher unmoralisch und böse, außerdem

kann unser Bundeskanzler das auch nicht aussprechen....) Strukturen gelehrt. Geholfen hat dem GATS und seiner Gemeinschaft dabei der Bologna-Prozess, benannt nach der sogenannten Bolognese-Verschönerung der italienischen (ist irgendwie Mafia und immer böse, außerdem hatten die da gerade Berlusconi, der die Macht der Banken und eigenen Konzerne gefördert hat und alles liebgezwungene zerschlug) NudelproduzentInnen, die sich dachten, sie machen mal mit dem Bildungssystem in Europa eine kleine Einheitssuppe und mischen das mal ordentlich auf. Erfolg hatten die großen VerschwörerInnen damit vor allem deshalb, weil die Menschen einfach nicht auf die bereits erwähnte oppositionelle „Dagegen“-Fraktion hören wollten, die es immer schon wusste, dass da nix Gutes bei rauskommen könnte.

MfG, die Gebührenfront

Zudem haben die bösen Buben und Mädels des VerschwörerInnenclubs auch noch ein paar andere Abkürzungen mit ins Boot geholt, die ihnen beim Umsetzen ihrer teuflischen Pläne halfen: Die EU, der IWF, die Weltbank, die OECD, der ERT, das ESF und natürlich die Banken und Konzerne. Natürlich hatte es Einführungen von Gebühren für alles gegeben und Gebühren für Gebühren und Gebühren für Gebühren von Gebühren und so fort. Irgendwie hatten unsere FreundInnen der „Dagegen“-Fraktion das ja immer schon gewusst, aber alle anderen hatten's halt nicht geschmeckt und da die so dumme Säue gewesen waren geschah ihnen das irgendwie auch recht, dass jetzt alles im Arsch war. Einzig die unschrockenen trotzkistischen Retter veranstalteten

noch ab und zu Demos gegen diese Entwicklungen, die vor allem durch ihre gehaltvollen Aussagen wie „Studiengebühren F**ck off!“ von sich reden machten. Die anderen aus der „Dagegen“-Fraktion waren ausgestiegen, hatten sich auf subsistenzwirtschaftliche Kommunen zurückgezogen und meditierten dem Sinn des Lebens entgegen oder hatten Selbsthilfegruppen gegründet, die sich einmal die Woche zum Weinen trafen. Irgendwie war alles gut, aber wenigstens hatten die nationalstaatlichen PolitikerInnen bis zum Ende dagegen gekämpft. Sie waren nicht Schuld, ihre Macht war untergraben worden und ihnen schließlich in einem klassischen Coup d'Etat aus den Händen gerissen worden. Aber das GATS und seine HelfershelferInnen sollten sich nicht so sicher fühlen, denn irgendwann kommt wahrscheinlich der Geist von Fidel Castro, Trotzki und Mao vorbei, macht ein bisschen Revolution und dann wird alles wieder gut. Und wenn unsere trotzkistischen HeldInnen noch nicht im Märtyrertum erlegen waren (was irgendwie voll cool gewesen wäre) lebten sie glücklich nach der Revolution bis an ihr Ende....

Fortsetzung auf Seite 2

Vikingship-Demo: Polizei knüppelt auf Antifas ein

Ca. 300 AntifaschistInnen fanden sich am Samstag in Gelsenkirchen zur Demo gegen den Nazi-Musik-Shop „Vikingship“ und die Nazi-Kneipe „Ruhrpott Classic“ zusammen. Der Zug setzte sich zum „Ruhrpott Classic“ in Bewegung, vor dem sich etwa 30 Nazis versammelt und die Kneipe mit Platten verbarrikadiert hatten. Die Polizei hatte natürlich nichts besseres zu tun, als sich schützend vor die Nazis zu stellen. So kam es zur Festnahme einer Antifaschistin.

Später setzte der Zug seinen Weg in Richtung Vikingship fort. Es gelang den DemonstrantInnen, bis unmittelbar vor den Nazi-Laden vorzudringen. Als die Demo dort angekommen war, wurde der Laden, vor dem sich etwa 20 bis 30 Nazis versammelt hatten, von der Polizei abgeriegelt. Dann ging die Polizei wie üblich brutal gegen die AntifaschistInnen vor und knüppelte in die DemonstrantInnen. Die Demo wurde daraufhin von den VeranstalterInnen aufgelöst. Insgesamt kamen vier AntifaschistInnen in Polizeigewahrsam.

Workshop zur „Zukunft des AusländerInnenstudiums“

Am 12. April 2003 findet in Bonn der Workshop „Zukunft des AusländerInnenstudiums“ statt. Eingeladen sind alle AusländerInnen- und Internationalismusreferate. Neben einem Austausch der Referate sollen vor allem die aktuellen Fragen des AusländerInnenstudiums und die Probleme ausländischer StudentInnen besprochen werden. In einem zweiten Teil werden Strategien zur Durchsetzung der Interessen der ausländischen StudentInnen und die Möglichkeiten einer bundesweiten Zusammenarbeit erörtert. Arbeitsgemeinschaften sollen sich mit Studiengebühren und die Folgen für ausländische StudentInnen, den Kürzungen im sozialen Bereich und deren Folgen für ausländische StudentInnen, dem Zuwanderungsgesetz und den unterschiedlichen Interessen von ProgrammstudentInnen, BildungsinländerInnen und „freemovern“ befassen.

Die Veranstaltung findet statt in Bonn, Königstrasse 88, weitere Informationen und Anmeldung: Bundesverband ausländischer Studierender (BAS) bas@uni-trier.de, glembek@bas-ev.de, Telefon: 0651/73173 oder 0651/201-3568

Menschenrechte Thema an der RUB

Dringenden Gesprächsbedarf sieht der ASTA der Ruhr-Universität bezüglich der Gastprofessur des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Yilmaz an der Ruhr-Universität: „Wir konnten zunächst nicht glauben, dass es wirklich zu einer solchen Berufung gekommen ist, gerade nicht an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät“, so ASTA-Vorsitzender Jan Reinecke enttäuscht. Die Proteste von Menschenrechtsgruppen und der StudentInnen kurdischer Abstammung nimmt der ASTA der RUB ernst und Jan Reinecke warf die Frage auf: „Was sollen die Studierenden von Herrn Yilmaz lernen? Etwa die zynische Kalkülhaftigkeit, mit der Herr Yilmaz gegenüber der Presse auftrat?“. Der ASTA der RUB kündigte an, das Gespräch mit dem Rektorat der Ruhr-Uni und dem Dekanat der sozialwissenschaftlichen Fakultät zu suchen.

Zukunft der StudentInnenwerke

Anfang April wurden die Ergebnisse der Ende Februar vom bundesweiten studentischen Dachverband fzs- und dem StuRa (der StudentInnenvertretung an der Uni Leipzig) durchgeführten Tagung zur Zukunft der StudentInnenwerke via Internet der Öffentlichkeit vorgestellt.

Eine wertvolle Anregung bietet der Blick auf Skandinavien, denn die dortigen Systeme könnten wertvolle Anregungen für die deutsche Debatte liefern. Auf dass die Diskussion um die Zukunft der StudentInnenwerke vorankomme...

Der Artikel mit sämtlichen Dokumenten ist abrufbar unter:

http://www.fzs-online.org/index.php?lang=1&expanded=0,0,16&article=198 oder von der Hauptseite http://www.fzs-online.org

Fortsetzung von Seite 1

Yilmaz

an der Ruhr-Uni Bochum in einer Presseerklärung die Unileitung dazu auf „ihre Entscheidung zu überdenken und das Angebot an eine Gastprofessur für Mesut Yilmaz schnellstens zurückzuziehen.“ Sie fordert auch, dass Yilmaz vor einem Gericht für die Verbrechen des türkischen Staates, für die er als ihr ehemaliger Ministerpräsident eine Mitverantwortung trägt, Rechenschaft ablegen solle.

Turbulente Pressekonferenz

Dass das Engagement von Yilmaz an der RUB nicht ohne Proteste bleiben wird zeigte sich bereits bei der Pressekonferenz am 1. April. Wiederholt gab es neben Fragen zur aktuellen Rolle der Türkei im Irakkrieg auch Nachfragen zur Verwicklung des Gastprofessors in Menschenrechtsverletzungen. Auf diese Fragen aber ging Yilmaz nur ausweichend ein, indem er etwa betonte, „der Beitritt der Türkei zur EU werde allen Bewohnern der Türkei zu Gute kommen.“ Einen Fragenden, der auf das oben beschriebene Attentat auf Akin Birdal einging, bezichtigte Yilmaz sogar der Lüge, da es dieses

Attentat nicht gegeben habe. Auf eine kritische Nachfrage an den Rektor der Ruhr-Universität, warum man Yilmaz überhaupt eingeladen habe, antwortete dieser, man



wolle sich den Protesten im wissenschaftlichen Dialog stellen.

Keine Dialogbereitschaft

Doch gerade diese Dialogbereitschaft, und das hat nicht

zuletzt die Pressekonferenz gezeigt, besitzt Yilmaz nicht. Somit ist der von Prof. Dr. Gramke, Prof. Dr. Lenz und dem Rektor der Uni Prof. Dr. Wagner erhoffte Dialog nicht zu erwarten. Die Kontaktfreudigkeit von Mesut Yilmaz mit StudentInnen ist in der Türkei weit bekannt. StudentInnen, die z.B. Sprachkurse in ihrer Muttersprache verlangten, wurden während seiner Amtszeit gewaltsam von den Universitäten verwiesen und ihr Recht auf ein Studium wurde ihnen auf Lebenszeit entzogen.

Die Feststellung der Pressestelle der RUB, dass Yilmaz sich von den kritischen Fragen „nicht in die Enge drängen“ ließ und ein „Vollblutpolitiker“ blieb, sind somit zwar richtig, doch klingen sie zynisch. Dass Yilmaz als Politiker auf kritische Fragen nicht eingeht - wie auch die Pressestelle der RUB bemerkt - mag nicht überraschen. Rhetorisch geschulte Ex-MinisterpräsidentInnen besitzen meistens soviel Zynismus oder aber auch rhetorisches Können, alles mit einem lapidaren Einwand oder einem netten Lächeln zu überspielen. Dass allerdings die Ruhr-Universität dieses Spielchen mitspielt und sich auch durch zu erwartende Proteste nicht von der Gastprofessur für Yilmaz Abstand nehmen lässt, schwächt das Renommee der Unileitung nicht nur bei StudentInnen, die aus dem türkischen

Staatsgebiet kommen, sondern auch bei allen anderen. Da, wie bereits gesagt, Yilmaz zu Gesprächen über seine eigene politische Vergangenheit nicht bereit sein wird, sollte man sein Engagement an der Ruhr-Universität vermutlich am besten mit Fernbleiben von seinen Lehrveranstaltungen quittieren. Eventuell könnte die ganze Geschichte mit der Gastprofessur nur ein April-Scherz des Rektorats zum gewesen sein. Wenn nicht, sollte das Rektorat die Gastprofessur einmal überdenken. Denn die Uni darf nicht Anlaufstelle für Menschen werden, die Menschenrechte mit Füßen treten.

Die Leitung der Ruhr-Uni jedenfalls sollte bei der Vergabe einer Gastprofessur an „einen hervorragenden Experten für die Schlüsselfrage der internationalen Politik in Europa“, nicht dem Band persönlicher Freundschaften, sondern politischem Fingerspitzengefühl den Vorrang gewähren.

wc, Ferhat Baran

Fortsetzung von Seite 1

GATS

Utopie und Wirklichkeit

Wenn man sich als politisch Aktiver so umschaute, hat man den Eindruck, dass all das oben Beschriebene in allerhöchster Zukunft wirklich werden könnte. Warum? Weil das GATS-Abkommen irgendwie derzeit an allem Schuld ist, wenn man Flugblättern von einigen der selbsternannten VerteidigerInnen der öffentlichen Dienstleistungen glauben darf, die derzeit jede zweite Woche irgendwo ein Protesting happening veranstalten, während dessen sie mit ihren Levis Jeans rumrennen und aktionistisch die Welt belehren, anschließend zum McDonalds um die Ecke gehen und danach meist einen Müllberg von Papier zurücklassen, das niemand liest (für den aber fünf Fussballfelder an Urwald abgeholzt wurden), Reden gehalten haben, die niemand verstanden hat und die keinen interessierten (außer dass das GATS böse war selbstredend) und sich selber als Spitze einer neuen Bewegung gegen den Neoliberalismus sehen.

Schlagworte statt Analyse

Die Frage, die man sich bei der Betrachtung solcher Happenings stellt, ist die nach dem wieso, weshalb, warum dieser Verschwörungstheorien, die das GATS neben den Studiengebühren in NRW und anderswo auch für die neueren Steuerungsmechanismen in Hochschulen, Veränderung der Lehrinhalte in Schulen und die ganze Privatisierungswelle so im allgemeinen verantwortlich machen. Die Antwort ist nicht schön für die studentische Szene, weil sie Salz in offene Wunden streut. Die Antwort ist schlicht und ergreifend die wunderbare Einfachheit der Erklärungen und die eigene Machtlosigkeit.

Stefan Bienefeld

Neues passt ins alte Raster

BKA-Telefonfahndung

Ende Januar forderte das BKA den ASTA-Vorsitzenden der Uni Dortmund, Kay Reif, auf, Daten über einen Schüler der vom ASTA veranstalteten Deutschkurse herauszugeben. Zwar besaß niemand die angeforderten Daten und somit konnte nichts herausgegeben werden, doch zeigt die Tatsache, dass das BKA inzwischen auch die Studierendenschaften dazu auffordert, Daten über „verdächtige“ Personen herauszugeben, wie weit es in Zeiten der Datenschutzverletzungen gekommen ist.

Nach den Anschlägen in New York waren deutsche PolitikerInnen und Polizeibehörden ziemlich schnell mit ihren Reaktionen und voller Tatendrang, mutmaßliche TerroristInnen in Deutschland ausfindig zu machen. Dazu bedienten sie sich bekanntermaßen der Rasterfahndung. Der einzige, der wahrscheinlich schneller war als alle PolitikerInnen zusammen, war der ehemalige Rektor der Dortmunder Uni, Herr Klein. Dieser schnürte im vorausenden Gehorsam ein Datenpaket zusammen, welches er dem Landeskriminalamt ohne zu zögern übergeben konnte. Dies beinhaltete alle von der Universität gesammelten Daten aller männlichen Studierenden der Uni Dortmund.

Rastern macht verdächtig

Hauptkritikpunkt an der Rasterfahndung ist, dass dadurch eine gesamte Bevölkerungsschicht unter Generalverdacht gestellt wird und vorhandene Vorurteile gerade gegenüber ausländischen Mitbürgern verstärkt werden. Viele ausländische Studierende berichten über vermehrt stattfindende verbale Übergriffe auf dem Campus, dem Arbeitsplatz oder in den Wohnheimen.

In NRW mussten nach erfolgreichen Klagen Teile der bestehenden Daten wieder gelöscht werden. Jedoch hatte das LKA inzwischen die Daten ungeachtet ihrer Herkunft dem BKA weitergeleitet, so dass inzwischen nicht mehr nachvollziehbar ist, welche Daten noch vorhanden sind.

Die Erhebung der Daten wurde in verschiedenen Gerichtsverfahren mit dem Polizeigesetz des Landes NRW (§31) begründet, welches besagt, dass Daten zwecks Rasterfahndung erhoben werden können, sobald eine „gegenwärtige Gefahr“ besteht, die dadurch abgewendet werden kann. Nach Ansicht der Gerichte bestand zum damaligen Zeitpunkt eine Gefahr von Terroran-

schlägen auf die Bundesrepublik, so dass die Rasterfahndung rechtskräftig war. Nicht nur diese Gefahr war weit hergeholt, sondern auch die Annahme, mit dem Mittel der Rasterfahndung Terroristen zu überführen.

Neue Spielregeln

In einem Gesetzesentwurf der Landesregierung NRW zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehörden-gesetzes wollen die LandesvertreterInnen nun eine deutliche Verschärfung der Spielregeln einführen. Die schon angesprochene „gegenwärtige Gefahr“ soll künftig nur noch „Gefahr“ heißen. Dies würde bedeuten, dass tisch schon gemein-schaftlich Bon-eine Raster-durchgeführt könnte.



sam werden die die Rasterfahnde-weiterhin kritisch Übermittlung der Daten zum BKA war rechtswidrig. Des weiteren wird auf die Löschung der bestehenden Daten gedrängt und die Asten sprechen sich gegen die Vorschläge der Landesregierung zur Verschärfung des Polizeigesetzes aus.

Gemein-NRW-Asten rInnen auch begleiten. Die

Kleinkunstpunk-Musiktheater am 17. April in Bochum Revolte * springen

Ietzt gibt's Freiheit satt und gegessen wird, was auf den Tisch kommt. „Freiheit satt“ ist der Name des Programms mit dem „Revolte Springen“ durch Deutschland touren. Ob Revolte Springen eher ein politisches Musical oder eher Musiktheater darbiert, lässt sich schwer sagen. Sie selbst bezeichnen sich als „das fröhliche SciFi-Kleinkunstpunk-Musiktheater-Suspektakel für die ganze Bezugsgruppe“.

Politik und Musik sind auf jeden Fall Eckpfeiler ihres Programms, dafür garantieren allein schon die Mitglieder des Projekts, die in der linken Berliner Kulturszene keine Unbekannten sind. Hinter Revolte Springen stecken Leute von „Früchte des Zorns“ und „Chor der Verdammten“ sowie Yok Quetschenpaua und Mitglieder seiner ehemaligen Punkband „Tod und Mordschlag“. Yok Quetschenpaua beispielsweise erspielte sich mit seinem Akkordeon mit Liedern wie „Schade, dass Beton nicht brennt“ oder seinen Songs über die Widerstandskämpferin in uns allen („Liselotte Meyer“) in der Anti-Atom-Bewegung und in autonomen Kreisen einige Bekanntheit.

SciFi-Kleinkunstpunk-
Musiktheater-Suspektakel

Die Geschichte des Stücks „Freiheit satt“ spielt in Mega City im Jahre 2222, wo für den biedereren Angestellten Weber plötzlich die Welt zusammenbricht, als sein Identität-

schip nicht mehr funktioniert. Damit wird er in Mega City zum Illegalen. Er trifft auf Joy, die es in der friedlichen Gegenwelt Autarkia nicht mehr aushält. Auf der Suche nach Punk und Abenteuer streift sie durch den Stadtstaat Mega City, den der machtgierige und brutale Herrscher Destroy Roy kontrolliert. Destroy Roy fasst den teuflischen Plan, Autarkia auszuheben und zu zerstören. Joy und ihre Komplizin, die Untergrund-Queen Dizzy, versuchen, ihn daran zu hindern. Weber hilft ihnen, da er es auf das geraubte Ballettkleid Destroy Rofs als Prämie abgesehen hat.

Autarkia
gegen
Mega City
im Jahre 2222

Klingt reichlich abgefahren, ist es sicher auch, bietet aber durchaus Anknüpfungspunkte für Kritik an der heutigen Zeit: Der Konflikt zwischen den zugespitzten Zuständen im Überwachungsstaat Mega City mit seinem durchgeknallten Herrscher Destroy Roy und der friedlichen, selbstverwalteten Gegenwelt Autarkia dient dafür lediglich als Folie.



Im Wesentlichen erzählen Lieder die Geschichte, ab und an werden kabarettistische Passagen eingestreut. Neben Yok Quetschenpauas Akkordeon setzen Revolte Springen Blasinstrumente, Kontrabass, Gitarre und Geige ein. In Bochum gibt es „Freiheit satt“ am Donnerstag, den 17. April, im Bahnhof Langendreer zu sehen (ab 20 Uhr, Eintritt 6 Euro), veranstaltet von Radio Bonte Koe. Ebenfalls von Radio Bonte Koe organisiert wird das Konzert von „Cheb Balowski“ im Bahnhof Langendreer nur zwei Tage später. Cheb Balowski kommen aus Barcelona und spielen eine tanzbare Fusion aus Rai, Ska, Reggae, Rumba und Balkanmusik mit spanischen, arabischen und katalanischen Texten – am Samstag, den 19. April, im Bahnhof Langendreer für 6 Euro.

Thilo Machotta

Tödliche Umarmung durch den Kommerz Christiana droht Kahlschlag

Das dänische Alternativprojekt der ökologisch-sozialen Oase Christiania soll nach zweiunddreißig Jahren beendet werden. Damit wäre die Welt um einen Hoffnungsträger auf bessere Zeiten ärmer. Noch besteht jedoch die Möglichkeit, eine für Christiania tödliche „Sanierung“ zu verhindern.

Oft wird beklagt, dass PolitikerInnen ihre Wahlversprechen nicht wahr machen. Doch nicht selten wäre es besser für die Betroffenen, wenn es bei wahltaktischen populistischen Forderungen bliebe. Die von der rechtspopulistischen „Dänischen Volkspartei“ tolerierte, rechtsliberal-konservative dänische Regierung unter Staatsminister Anders Fogh Rasmussen – im Amt seit November 2001 – jedenfalls ist dabei, ihre Law-and-Order-Linie rigoros durchzusetzen. Dazu gehört nicht nur eine restriktive Zuwanderungspolitik, durch die es extrem erschwert wird, in Dänemark Asyl zu erhalten, Familien zusammenzuführen oder die dänische Staatsangehörigkeit zu erlangen; auch der Umgang mit alternativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen gehört zu jenen Politikfeldern, die



nun von der dänischen Rechten gnadenlos umgepflügt werden. So soll nun der 1971 entstandene „Freistaat“ Christiania in Kopenhagen beseitigt werden, obwohl das Fortbestehen der Enklave spätestens seit einem 1997 geschlossenen Abkommen mit der Regierung sicher schien. Der finale Angriff auf die alternative Minirepublik soll nun durch eine Luxus-Sanierung erfolgen, die dort künftig nur noch wohlhabenden Menschen ein sorgenfreies Leben ermöglichen würde: „Die Gesetze der Marktwirtschaft hätten geschafft, was mit juristischen Mitteln 32 Jahre lang missglückt ist: Christiania zu zerstören“, heißt es am 24. März 2003 in der Frankfurter Rundschau.

Sieg der Bulldozer

Wie der rechtsliberale Regierungssprecher Ulrik Kragh verlauten lässt, sollen die BewohnerInnen Christianias vorübergehend anderswo einquartiert und die Hütten- und Bauwagen-siedlungen auf dem Gelände abgeräumt werden. Dies wäre ein später, zynischer Sieg der Bulldozer über einen alternativen Gesellschaftsentwurf, der gegen zahlreiche Widerstände 32 Jahre überdauert hat: Am 26. September 1971 besetzten AnhängerInnen einer besseren Welt das

bereits zur Zeit seiner Erbauung unter König Christian IV. (1577 bis 1648) militärisch sinnlose Kasernen- und Befestigungsgelände „Christiania“ mitten in Kopenhagen, das von der dänischen Armee aufgegeben worden war. Auf der Basis von Werten wie Gemeinschaft, Liebe und Freiheit versuchen die BewohnerInnen des in zehn Bereiche mit lokaler Selbstverwaltung eingeteilten Areals, ihr Modell einer Alternativgesellschaft zu realisieren. Trotz massiver Polizei-Repression nach einem Regierungswechsel 1973 gelangt dies bis Ende der 1970er Jahre ohne größere interne Schwierigkeiten. Auch zieht 1974 und 1978 jeweils einE RepräsentantIn Christianias in die Kopenhagener BürgerInnenversammlung ein, um nonkonforme familien- und wohnungspolitische Debatten medienwirksam in die Öffentlichkeit zu tragen.

Erst mit der Infiltration der Hippie-Oase durch Rockerbanden und Dealer harter Drogen entstehen 1979/80 Probleme, die Polizeikräften als Vorwand dienen, wieder massiv gegen die Christianiter vorzugehen. Auch politisch droht die Alternativkommune nun entscheidend an Bedeutung zu verlieren. Durch offensive, breit gefächerte Kulturkampagnen (Musikfestivals, ein eigenes Theater, Filme sowie Ausstellungen über Christiania) kann die Enklave jedoch nicht nur ihr Existenzrecht untermauern, sondern wird auch zu der Kopenhagener TouristInnenattraktion schlechthin. 1989 beschließt die dänische Regierung sogar die „Legalisierung“ des Alternativprojekts, das künftig nicht nur als „soziales“, sondern auch als „ökologisches Experiment“ fortbestehen soll; die zehn Wohnbereiche werden zu zwei Gebieten zusammengefasst, einem urbanen und einem wenig besiedelten, naturnahen Bereich. Nicht nur der Fahrradhandel blüht, sondern auch das in Christiania halblegal gehandelte Gras wächst und gedeiht ... 1997 besiegelt Christianias Vollversammlung durch ein Abkommen mit dem Verteidigungsministerium (als weiterhin formal eingesetztem Eigner des Areals) die Selbstverwaltung des „Freistaats“.

Seit Ende 2002 werden jedoch wieder Probleme mit allzu „heimisch“ gewordenen Rockerbanden zum Anlaß genommen, restriktiv gegen die Enklave vorzugehen. Eine per Erlass verfügte Zwangssanierung Christianias kann aber noch verhindert werden – am 9. April soll die Angelegenheit im dänischen Folketing auf der Tagesordnung stehen. Also: Schickt Protestmails oder unterschreibt online gegen den Ausverkauf der letzten alternativen Oase des Nordens!

Ulrich Schröder



:bsztermine

Mittwoch, 9. April

Antifa-Café: Dekadenz-Café

Wir lauschen im gediegenem Ambiente klassischer Musik und verwöhnen unsere Sinne mit deliziosen Häppchen und sprudelndem Sekt. Um Abendgarderobe wird gebeten.
18.00 Uhr, JZ Heisterkamp, Herne-Wanne

Das Friedens-Plenum lädt ein:

Aktuelles Tief-Seh-Magazin des AK Kraak: „Kriegsausgabe“ (Film über den drohenden Irakkrieg, der u.a. Stimmen der irakischen und der US- Opposition dokumentiert. Anschließend Vortrag und Diskussion mit Rashid Ghewilib, einem Vertreter der irakischen Opposition.
19.00 Uhr, Kino Endstation, Wallbaumweg

Antifa-Café in Recklinghausen

Das Rote Quadrat – Drei Kugeln und ein totes Kind
19.00 Uhr, AKZ Recklinghausen

INPUT – Antifa Themenabend

Die so genannten Vertriebenen und ihre so genannte Vertreibung - Einen großzügigen Steinwurf vom Düsseldorf Hbf entfernt, trifft man auf das „Gerhart-Hauptmann-Haus“, ehemals „Haus des Deutschen Ostens“. Hier geben sich Funktionäre der nach Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete strebenden „Vertriebenen“ die Klinke in die Hand. Was hat es mit der von „Ostpreußen“, „Schlesien“ u.a. behaupteten „Vertreibung“ auf sich, wie gestaltet sich ihre innen- und außenpolitische Tätigkeit und welche Bedeutung haben ihre Verbände überhaupt?
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Die Friedensbewegung in den USA

Eine Veranstaltung von „Initiative Sozialforum Witten“. Referenten:
1. Michael Davis/ Boston
2. Rüdiger Heescher/ Witten
3. Knut Unger/ Wuppertal/Witten Alle drei Referenten werden kurz referieren und schnell in eine Diskussion mit dem Publikum kommen.
20.00 Uhr, Witten, Herbedestr. 8,

Donnerstag, 10. April

Treffen der Arbeitsloseninitiative Werkschlag

10.00 Uhr, Industrie- und Sozialpfarramt, Wittener Str. 242

Arbeitstreffen Terre des hommes Wattenscheid/Bochum

19.30 Uhr, Gemeindezentrum, Preins Feld 10

Treffen der Initiative „Ruhr-Universität gegen den Krieg im Irak“

19 Uhr, Clubraum der ESG, Kirchenforum 2. Stock, Querenburger Höhe 287

Samstag, 12. April

Club-Ska

Skaos (München), anschließend: DJ Mr. Trojan & Prof. Andi
Eintritt: 7 Euro
20.00 Uhr, Druckluft Oberhausen



Sonntag, 13. April

konzert: einleben + pasco

Eintritt: 3 Euro
19.00 Uhr, AZ Mülheim

**Dienstag, 15. April
Theater: BERLINER COMPAGNIE:
Terra! Terra!**

Masken, Songs, farbenprächige Kostüme, Slapsticks und eine Handlung mit überraschenden Wendungen - die ZuschauerInnen dürfen ein pralles Volkstheater mit Erkenntniswert erwarten. Es geht um Agrexport, Landverteilungen und Widerstand dagegen - mit den Mitteln der Commedia del Arte, mit großer Spielfreude, leichtfüßig und amüsant bringt die BERLINER COMPAGNIE die Problematik über die Rampe.
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle



Bot ärgere dich nicht - Teil 2

Geeignet zu gefährden

Zu behaupten, R. Steinhäuser hätte mit dem Amoklauf in einer Erfurter Schule, in dessen Verlauf 17 Menschen ermordet wurden, dem neuen Jugendschutzgesetz den Weg durch die Gremien freigeschossen, wäre sicherlich etwas geschmacklos. Aber leider auch etwas zutreffend, dümpelte der Entwurf doch vorher annähernd zwei Jahre vor sich hin und wurde nach dem Massaker im Eltempo durchgebracht. Wir erinnern uns: Alle beteiligten PolitikerInnen waren angemessen entsetzt und betroffen, die Jugend war offensichtlich gefährdet, ja sogar gefährlich. Etwas musste schuld sein, etwas musste getan werden. Irgendetwas. Beliebte Antwort: Computerspiele sind schuld und gehören verboten. Seit dem 1. April ist genau das Gesetz.

Jugendschutzgesetz, um genau zu sein. Die neue Version reglementiert den Zugang, den Vertrieb, selbst die Berichterstattung aller Computerspiele. Nicht nur „Killerspiele“, nein alle Computerspiele gelten seit neustem als jugendgefährdend und sind weitreichenden Reglementierungen unterworfen.

Computerspiele werden seit Mitte der 70er Jahre „industriell“ produziert. Anfangs waren die meisten Spiele mehr oder weniger einfache Geschicklichkeitsspiele, die sich auf das Training der Hand-Auge Koordination reduzierten. Schnell wurden allerdings auch alle anderen Genres bedient, die im Moment beliebtesten sind Strategie- und Rollenspiele. Geschicklichkeits- bzw. Actionspiele sind allerdings immer noch weitverbreitet. Im Gegensatz zu anderen Spielen ist bei ihnen die erforderliche Einarbeitungszeit im Allgemeinen sehr kurz, sie sind kurzweilig und einfach.

Gewalt in Spielen

Der größte Markt für Computerspiele sind die USA (der zweitgrößte die BRD), etwa 80% aller Spiele werden auch dort produziert, mit hohem Aufwand und unter hohen Kosten. Einer der dort produzierten „Trends“ sind 3D-Shooter, ein Untergenre, das durch den großen kommerziellen Erfolg zeitweise die Branche dominierte. Die nötige Publicity beschafften sich manche Spiele über ein aggressives Szenario und eine gewaltsame Handlung. Damit begann eine Art Gewaltschneise, die Hersteller bemühten sich, so sie die Technik der Spiele nicht verbessern konnten, die

Inhalte zu verschärfen. Mit der Menge an Bildschirmblut stieg aber auch das Maß der Kritik. Die Diskussion, ob (gewalttätige) Spiele negativ auf das Sozialverhalten der SpielerInnen einwirken, sie aggressives, gewalttätiges Verhalten fördern, erreichte schon mit den Amokläufen in Littleton und Bad Reichenhaller traurige und unsachliche Höhepunkte; nach Erfurt war das Fass quasi übergelaufen. Die Zeit des Zögerns war vorbei, Handeln war gefragt. Der Kanzler fasste die Stimmung damals zusammen als er zwar einstand, dass schädliche Wirkungen von Computerspielen nicht nachgewiesen sind, ja vielleicht nie nachgewiesen werden, aber: „muss man das überhaupt?“

Gewalt und Spiele

Es gibt bei der Wahrnehmung des Bildschirminhalts zwischen einer SpielerIn und einer BeobachterIn deutliche Unterschiede. Für die SpielerIn steht die Spielhandlung im Mittelpunkt, die Darstellung auf dem Bildschirm ist nur (drastische) Rückmeldung über Aktionen bzw. Erfolg oder Misserfolg im Spiel. Für die BeobachterIn steht die Darstellung (nie Gewalt) im Vordergrund, diese erscheint isoliert von der Spielhandlung schneller unangemessen, sie löst andere Empfindungen und Überlegungen aus.

Für die Attraktivität von Gewalt(darstellungen) in Spielen lassen sich mehrere Gründe anführen. In Spielen, in denen die „Kämpfe“ nicht durch (langweilige) Nebenhandlungen unterbrochen werden, wird das Spannungsniveau länger aufrechterhalten. Actionspiele sind kurzweilig, und Langeweile wesentlicher Anreiz überhaupt zu spielen. Außerdem ist Gewalt „spannend“, die meisten Geschichten kommen nicht ohne aus.

Spiele, bzw. ihre virtuelle Welt, haben nur einen sehr begrenzten Geltungsanspruch (z.B. ist die Spielhandlung auf eine Arena begrenzt) und eine begrenzte Anzahl überschaubarer Regeln. Im Vergleich zu (den) Ohnmachtsgefühlen gegenüber der Komplexität der realen Welt lässt sich in Spielen durch virtuelle Gewalt virtuelle Kontrolle ausüben. Zudem reuelos, es gibt simple Gut - Böse Schemata (oder die Kämpfe sind reiner Selbstzweck, etwa in einem Turnier), es gibt keine realen Folgen; die Gewalt ist „harmlos“ und ihre Auswirkungen ins Irreale übertrieben.

Gewalt gegen Spiele

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach der Wirkung von Computerspielen die Frage nach der Medienkompetenz der SpielerInnen. Medienkompetenz ist die Fähigkeit, die Wirkungsweisen, die Hintergründe und

Absichten eines Mediums zu verstehen. Werbung kein Vertrauen zu schenken wäre ein Beispiel für vorhandene, die Berichte der Tagesschau für ein Abbild der Realität zu halten ein Beispiel für fehlende Medienkompetenz. Kinder und Jugendliche, die heute schon recht früh mit Computern und Spielen in Berührung kommen, gewinnen gerade durch diese Erfahrungen an Medienkompetenz. „Erwachsene“, denen oft schon das Bedienen eines Computers schwerfällt, fehlt sie.

Diese Erwachsenen sollten nun nach Erfurt neue gesetzliche Regelungen schaffen, um der „offensichtlichen“ Gefährdung der Jugend durch Spiele zu begegnen. Die Lösung: alle Spiele stehen unter Generalverdacht, unter einem generellen Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Nur Spiele, die von einer staatlich lizenzierten Stelle mit einer verbindlichen Altersfreigabe versehen wurden, dürfen Jugendlichen zugänglich gemacht werden. D.h. kein Spiel gelangt mehr ohne vorherige Prüfung auf den deutschen Markt.

Eine solche Kontrolle fand vorher bereits statt, die USK (Unterhaltungs-Software Selbstkontrolle) verteilt seit 1994 unverbindliche Alterseinstufungen für Spiele, diese Einstufungen wurden nun komplett übernommen; die meisten der vorher erhältlichen Spiele bleiben also auch erhältlich. Problematisch wird es bei Spielen „ohne Kennzeichnung“ (=ab 18); dies sind nicht nur gewalt- oder kriegsverherrlichende Spiele, sondern alle Spiele, die nicht geprüft wurden. Das betrifft Importspiele und vor allem alle Spiele, die vor Gründung der USK veröffentlicht wurden, vor 1994. Klassiker wie ‚Pacman‘ und ‚Space Invaders‘, alte Konsolen, selbst ‚Pong‘ (Fernsehtennis) dürfen der Jugend nicht mehr zugänglich gemacht werden. Verkauft werden dürfen sie nur unter der Ladentheke, nicht über den Versandhandel, nicht über ebay, nicht auf dem Flohmarkt. Das neue Jugendschutzgesetz ist der Situation, in der es entstand, durchaus angemessen. Mit seinen weitreichenden Regelungen und schwammigen Formulierungen gibt es den erwachsenen EntscheidungsträgerInnen ohne (Medien-)Kompetenz genug Möglichkeiten Kindern und Jugendlichen den wohlverdienten Spaß zu verderben. Die Frage nach der (realen) Wirkung von Spielen ist inzwischen nebensächlich.

dek

:bszkolumne

Funkenmariechen

Wie jedes Jahr gibt es auch in diesem Frühling immer wieder völlig unlustige Begegnungen aller Menschen mit „elektrostatischen Aufladungen“. Hinter diesem physikalisch höchst aufgeladenem Begriff verbirgt sich nichts anderes als „einen gewischt zu bekommen“. JedeR von uns, euch und Ihnen wird dieses Phänomen kennen: Man fasst eine Türklinke, Staniolpapier, Autotüren oder in seltenen Fällen einen anderen Menschen an und schon krabbeln es kurz und einige hundert Volt flimmern durch den Körper. Und all dies passiert nur, weil die Luft zu diesen Jahreszeiten einfach zu trocken ist.

Vermutete man bis vor kurzem noch, dies Ungemach passiere nur bösen Menschen, die entweder ihren Teller nicht geleert oder ihre Fingernägel nicht gereinigt haben, entdeckten WissenschaftlerInnen des Max-Planck Institutes (wer denn sonst) nun die entzaubernde Wahrheit. Mit spannenden 2.345 Volt wurden sie dafür gleich mit dem außerordentlichen „Pack-die-Tür-nicht-an“-Preis des ADAC geehrt.

Die profane Erkenntnis lautet: Zwischen zwei Körpern wird ein elektrostatisches Spannungsfeld dadurch erzeugt, dass die positiven und negativen Ladungen nicht abfließen können, wenn die Leitfähigkeit des Körpers beeinträchtigt ist. Bei genügender Luftfeuchtigkeit (mind. 45% relative Luftfeuchtigkeit) reicht die Leitfähigkeit eines Teppichbodens aus, um Spannungsdifferenzen abzubauen. Sinkt die Luftfeuchtigkeit unter 45%, z.B. an trockenen Wintertagen, kann beim Gehen auf einem Teppich kein Spannungsabbau erfolgen. Beim Berühren geerdeter Gegenstände (z.B. Türklinken, Handgriffe etc.) fließt die gespeicherte Spannung schlagartig ab, es kommt zu der als unangenehm empfundenen Entladung. Das Schlagempfinden ist von Person zu Person unterschiedlich. Die Spürbarkeitsgrenze liegt bei ca. 2.000 Volt.

Im Bereich der Teppichbodenfertigung wird die elektrostatische Entladung dadurch eingeschränkt, dass die Teppiche antistatisch ausgerüstet oder durch Beimischung von Metallfasern in das Polgarn leitfähig gemacht werden. Gefördert durch starke Reibung sowie geringe relative Luftfeuchtigkeit neigen auch Textilien mit faserbedingter schlechter elektrischer Leitfähigkeit, wie z.B. Synthetics, aber auch Wolle und Seide zu elektrostatischer Aufladung. Es äußert sich durch Kleben, Knistern oder gar Funkenbildung. Dies gehört sozusagen zu den warentypischen Eigenschaften der Materialien und stellt keinen Mangel dar.

Somit dürfen wir alle wieder beruhigt nicht aufessen und die Fingernägel dreckig lassen. Kein Unbill droht mehr von diesen Unterlassungen und Omas Ermahnungen aus alter Zeit können wir endlich mit einem entspannten Lächeln beantworten.

Auf der bei freenet eingerichteten Trocknungs-Mailingliste, die es wirklich gibt, wird aber auch Abhilfe gegen resistente Kleinstelektropartikel angeboten: Dem Körper beigemengte feinteilige Kieselsäure oder aber auch eine aufgesprühete Kochsalzlösung (zwei Gramm Kochsalz auf einen Liter Wasser) zeigen den Neu-Elektro- und Protonen schnell den Weg zurück in die Erde. Dank ergeht an dieser Stelle an die Trocknungs-Mailingliste.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwierz

Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Daniel Steigerwald, Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz